

Nationalratswahl 2017: *Unsere Fragen*

Frage 3: Eigentumsrecht

Die Wälder werden zunehmend von Erholungssuchenden beansprucht.

Mountainbiken ist eine Sportart, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Wie stehen Sie zu der Forderung einer generellen Öffnung aller Forststraßen und Wege für diese Zielgruppe?

Die neue Volkspartei

Erfahrungen aus dem In- und Ausland und diverse Studien zeigen, dass ohne lenkende Maßnahmen Konflikte zwischen den Nutzergruppen des Waldes entstehen. Daher setzen wir auf Modelle, die bedarfsgerecht, sozial und ökologisch verträglich und vor allem einvernehmlich vor Ort entwickelt werden. Es hat sich sehr bewährt, dass die Entwicklung gekennzeichnete Strecken regional und auf vertraglicher Basis im Einvernehmen mit den Grundeigentümern, dem Tourismus und anderen Waldnutzern erfolgt. Wir nehmen den Vertrauensschutz für Eigentum ernst. 80 Prozent des Waldes gehören privaten Waldbesitzern, die Mehrzahl davon sind Klein- und Kleinstwaldbesitzer. Das Radfahren im Wald ist nicht verboten – es ist aber an die Zustimmung des Waldeigentümers gebunden. Daher empfinden wir eine bedarfsgerechte Ausweitung des bestehenden Mountainbike-Streckennetzes auf vertraglicher Basis als angemessen.

SPÖ

Wir sehen diese Forderung positiv. Die Forststraßen müssen – wie zum Beispiel in Bayern – RadfahrerInnen offen stehen. Das bringt den Menschen mehr Erholung in unseren Wäldern und auch Tourismus und Wirtschaft profitieren. Wichtig dabei sind jedoch unter anderem die Vermeidung der Haftung des Straßenerhalters sowie eindeutige Vorrangregeln für Wandernde.

FPO

Im Forstgesetz 1975 wird geregelt, dass jedermann den Wald zu Erholungszwecken betreten darf. Fahren und Reiten im Wald sind nur mit Erlaubnis des Waldeigentümers bzw. Forststraßenerhalters gestattet. Es liegt in der Verantwortung der Waldeigentümer, dass der Wald seine Nutz-, Schutz-, Erholungs- und Wohlfahrtsfunktion erfüllen kann. Eine generelle Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker würde den ökologischen Aspekt und damit die Gesamtleistung des Waldes ignorieren, weshalb wir sie ablehnen. Es besteht schon jetzt die Möglichkeit, dass Grundbesitzer das Betretungsrecht ausweiten können, indem sie das Radfahren ausdrücklich und ausgeschildert gestatten.



Foto: Ing. Johannes Loschek

Kein Bedarf an *Forststraßenöffnung*

Seit längerer Zeit wird von diversen Organisationen die Freigabe aller Forststraßen in Österreich für RadfahrerInnen gefordert. Dies wäre ein massiver Eingriff ins Eigentum. Darüber hinaus gibt es zahlreiche andere triftige Gründe, den bisherigen erfolgreichen Weg der bedarfsorientierten Freigabe von Mountainbikerouten auf vertraglicher Basis fortzusetzen.

DIPL.-ING. MARTIN HÖBARTH

Die breite Öffentlichkeit lehnt eine generelle Öffnung des Waldes für Mountainbiker ab. Eine GfK-Umfrage aus 2015 zeigt, dass 87 % der österreichischen Bevölkerung der Meinung sind, dass Mountainbiken nur auf eigens dafür gekennzeichneten Wegen und Routen erlaubt sein sollte. Auch im Rahmen der Unterschriftenaktion „Sicherheit im Wald für Alle“ des Österreichischen Forstvereins sprechen sich bereits über 107.000 Staatsbürger gegen eine generelle Öffnung des Waldes für Mountainbiker aus.

Mountainbiker wollen Wanderwege

Die Modul University Vienna konnte nachweisen, dass die Mountainbiker selbst primär Routen abseits von Forststraßen fordern. Erfahrungen aus der Praxis bestätigen dieses Ergebnis.

Forststraßen werden häufig als Aufstiegshilfe genutzt. Die Talfahrt erfolgt durch den Wald – zumeist auf schmalen Wanderwegen. Eine generelle Öffnung aller Forststraßen ginge damit nicht nur völlig am tatsächlichen Bedarf vorbei, sondern würde dem illegalen Befahren von Wald- und Wanderwegen Vorschub leisten. Der bereits vorhandene Konflikt mit allen anderen im Wald Tätigen, würde sich weiter verschärfen.

Elektro-Mountainbike-Boom

Über eine Literaturstudie wurde nachgewiesen, dass MountainbikerInnen und auch Jogger Wildtiere weit stärker beunruhigen als Wanderer. Problematisch ist deren bedeutend größerer Aktionsradius, wodurch eine größere Zahl an Wildtieren pro Zeiteinheit beunruhigt wird. Dieses und alle anderen Probleme werden durch den massiven Anstieg an E-Mountainbikes verschärft. Aufgrund

Fakten & Details

Weitere Studienergebnisse

Modul University Vienna (MUV)

- Tourismus-Experten: Angebot freigegebener Forststraßen ausreichend und gut
- MTB-Urlauber schätzen MTB-Infrastruktur und Gesamterlebnis

Tourismus – Monitor Austria (T-MONA)

- 47 % der Gäste mit Mountainbike-Angebot „sehr zufrieden“

Kuratorium für Verkehrssicherheit

- MTB-Unfälle 2014: knapp 177 Mio. € direkte und indirekte Kosten
- Ø-Kosten pro Unfall rund 25.000 €

Deutsche Initiative Mountainbike e.V.

- Singeltrails für 80 % der befragten Personen von besonderer Bedeutung
- Bereits 56 % der Mountainbiker hatten mindestens einen Bikeunfall im Wald

von Selbstüberschätzung des eigenen Fahrkönnens und der Kondition steigen Unfälle und damit die volkswirtschaftlichen Gesundheitskosten drastisch an. Das darf eine verantwortungsvolle Politik nicht ignorieren.

Haftungsausschluss unmöglich

Befürworter einer Forststraßenöffnung glauben, dass durch Gesetzesänderung mit Hinweis auf „Handeln auf eigene Gefahr“ ein Haftungsausschluss des Wegehalters möglich wäre. Dabei wird ignoriert, dass der Waldbesitzer bereits von einer erleichterten Haftung gegenüber anderen Bereichen profitiert und alle weiteren Erleichterungen gleichheitswidrig wären. Außerdem gilt bei Unfällen jedenfalls das Strafrecht. Nur vertragliche Lösungen in Kombination mit einer Haftpflichtversicherung bieten ausreichenden Schutz.

Lenkung notwendig

Nachbarländer, in denen Mountainbiken auf Forststraßen und Waldwegen erlaubt ist suchen aufgrund ausufernder Probleme verzweifelt nach Lenkungsmöglichkeiten. Das Forstgesetz mit seinem „Erholungsparagrafen § 33“ ist das geeignete Instrument, um allen Anforderungen gerecht zu werden.